

DIESE GRÜNEN!



MASSNAHMENKATALOG ZUR VERBESSERUNG DER LUFTREINHALTUNG

■ DIESEL-FAHRVERBOTE VERHINDERN – MOBILITÄTSWENDE EINLÄUTEN



In der letzten Ratssitzung vor den Osterferien hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag „Maßnahmenkatalog zur Luftverbesserung“ gestellt und damit die Verwaltung aufgefordert, schnellstmöglich und in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung Maßnahmen zu ergreifen, um besonders in den belasteten Straßen, wie z. B. Briller Straße, Gathe und Steinweg, die Luftqualität zeitnah zu verbessern. Uns geht es darum, Maßnahmen gegen drohende Diesel-Fahrverbote nicht auf die lange Bank zu schieben. Vorschläge der Verwaltung oder der Politik sind meistens mittelfristig bis

langfristig ausgelegt und würden erst in einem, drei oder fünf Jahren greifen. Wasserstoffbetriebene Busse beispielsweise werden nicht in diesem Jahr zur Verfügung stehen können. Die Autoindustrie weigert sich erfolgreich, jetzt die dreckigen Diesel-Autos auf ihre Kosten nachzurüsten. Im Verkehrsausschuss wurde von der Großen Kooperation ein Mobilitätskonzept für 2030 verabschiedet.

Lediglich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert bereits seit 2001 die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Mobilitätswende, die in schöner Regelmäßigkeit abgelehnt werden:

- Juni 2001: „Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung“ Vorschläge: Förderung CO₂-armer Verkehrsmittel, City-Logistik, Anreize schaffen zum Umstieg vom Auto auf den ÖPNV
- Mai 2005: „10 Punkte für eine ökologische Verkehrswende“, darin unter anderem: Förderung des Radverkehrs, Optimierung des ÖPNV
- Mai 2008: „Zügige Umsetzung des Luftreinhalteplans“
- September 2012: „Zukunftsfähiges Mobilitätskonzept für Wuppertal“
- Viele kleine Anträge zum Thema „Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr“
- September 2017: „Aktionsplan neue Mobilität“ – Erstellung eines Mobilitätskonzeptes, die Umweltpur auf der B7, Förderung der Elektromobilität, Förderung des Rad- und Fußgängerinnenverkehrs, Modellprojekte für die letzte Meile im sogenannten Lieferverkehr, Car-Sharing, Parkraumbewirtschaftung und Nahverkehrsplanung
- 2018: Unser aktueller brandneuer Vorschlag zur Verbesserung der Luftqualität in unserer Stadt ist die Einführung einer klimafreundlichen Ab-

wrackprämie. 1.000 Haushalte, die nachweislich und dauerhaft ein Diesel-Fahrzeug mit Euro-5-Norm oder schlechter abschaffen, erhalten für den Zeitraum von zwei Jahren ein kostenfreies Ticket 2000, Preisstufe B. Gegenfinanziert werden könnten diese Maßnahmen durch eine zeitlich oder räumlich ausgeweitete Parkraumbewirtschaftung oder aus dem sogenannten Dieselfonds der Bundesregierung, der den Kommunen bereits im letzten Herbst mit einem Volumen von einer Milliarde Euro für Sofortmaßnahmenhilfe in Aussicht gestellt wurde. Unsere Vorschläge und Initiativen werden gewohnheitsmäßig abgelehnt! Doch außer den GRÜNEN legt keine andere Partei Vorschläge für kurzfristige Maßnahmen vor, die geeignet wären, ein Dieselfahrverbot zu verhindern. Das Vorhaben der Wuppertaler GroKo, ein Mobilitätskonzept 2030 zu erarbeiten, hilft den betroffenen Menschen, die unter den hohen Stickoxidwerten leiden, nicht. Wir fordern, dass schnellstmöglich noch vor der Sommerpause 2018 konkrete Maßnahmen eingeleitet werden.

Eines ist klar: Wer Dieselfahrverbote verhindern möchte, muss jetzt Maßnahmen ergreifen, die auch tatsächlich schnell wirken und zu besserer Luft in Wuppertal führen.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen,

in dieser Ausgabe berichten wir Ihnen wieder über das vielfältige bündnisGRÜNE Engagement im und um das Rathaus. Lesen Sie, wie wir die Luftreinhaltung in Wuppertal verbessern wollen, was wir mit einem 3-D-Zebrastrifen vorhaben und dass ganz Wuppertal sich in diesem Jahr am Stadtradeln beteiligen kann.

Wir stellen Ihnen die Fraktion in der Bezirksvertretung Vohwinkel vor, legen den schlechten Zustand von Spielflächen offen und zeigen auf, was nachhaltige Stadtentwicklung sein kann.

Genießen Sie den Frühling in vollen Zügen!

Ihr Redaktionsteam

MÄNNER SIND MITGEMEINT

Diese Zeitungs Ausgabe wird komplett in weiblicher Schreibweise verfasst

Wir finden das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 20. Februar falsch und skandalös. Darin wird Frauen das Recht verwehrt, in Bankformularen explizit als Kundin angesprochen zu werden.

Die Klägerin Marlies Krämer sagt: „Ich sehe das überhaupt nicht mehr ein, dass ich als Frau totgeschwiegen werde.“ Und dass es ihr Recht sei, als Frau in Sprache und Schrift erkennbar zu sein. Das finden wir auch und hoffen, dass sie vor dem Bundesverfassungsgericht Recht bekommt. Ein weiteres Beispiel ist der Beruf der Kinderbetreuung: hier beträgt der Frauenanteil 95 %, es wird jedoch fast ausschließlich die männliche Form „der Erzieher“ verwendet. **Wir drehen das Ganze mal konsequent um und verwenden in dieser Zeitungs Ausgabe (bis auf den externen Gastkommentar) komplett die weibliche Schreibweise, um zu zeigen: Frauen wollen sprachlich gewürdigt und berücksichtigt werden, denn Sprache spiegelt Gesellschaft wider.**



Liebe Leser, diese Zeitungs Ausgabe ist ebenfalls für Sie gedacht, auch wenn wir Sie nicht explizit nennen. Wir möchten einmal zeigen wie das ist, wenn ein Geschlecht immer mitgemeint, aber nicht genannt ist. Deshalb produzieren wir diese Ausgabe nach mehr als 2.000 Jahren Patriarchat mal in rein weiblicher Version. In der nächsten kehren wir wieder zum Gender-Star zurück, der alle Geschlechter gleichermaßen berücksichtigt.

ELTERNBEITRAGSSATZUNG

Diskussion über die Höhe bei KiTa-Gebühren von SPD unerwünscht?

Schon ab einem jährlichen Einkommen von 12.501 Euro zahlen Eltern in Wuppertal für die Betreuung ihrer Kinder in einer Kita oder in der Tagespflege Gebühren. In NRW gibt es nur sechs weitere Städte, die ähnlich verfahren. In allen anderen größeren Städten in NRW werden Eltern erst ab einem teilweise deutlich höheren Einkommen zur Kasse gebeten. Um eine gerechtere und sozialere Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kitas zu erarbeiten, hatte die GRÜNE Ratsfraktion einen entsprechenden Antrag in die März Sitzung des Rates eingebracht. U. a. soll insbesondere die Ein-



Foto: privat

kommensgrenze, ab der Eltern Beiträge leisten müssen, auf das in NRW durchschnittliche Niveau von 19.000 Euro jährlich angehoben werden. Wir waren zunächst hochofret, dass unser Antrag vom Rat einstimmig zur Vorberatung in den Jugendhilfeausschuss übergeben wurde und kurz darauf eine sachlich ähnliche Pressemitteilung der SPD-Fraktion erschien. Auch von dort wolle man eine sozialere Staffelung der Elternbeitragsatzung. Umso erstaunter waren wir, dass die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Renate Warnecke (SPD) den GRÜNEN Antrag nach über einem Monat nicht auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt hatte. Nach Aussage der Verwaltung wird schon an einer neuen Beitragsatzung gearbeitet. Diese solle möglichst auch schon in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorgestellt werden. Dennoch ist durch die Nichtaufnahme des Antrags zur Tagesordnung eine politische Diskussion und die Willensäußerung des Jugendhilfeausschusses unterbunden worden. Darf die Politik erst anhand der Vorlage der Verwaltung diskutieren? Die Vertretung der Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien stellen wir uns anders vor.

AUS DEM INHALT

Seite 2
Mehr Verkehrssicherheit für Kinder

Seite 3
GRÜNER Frühlingsempfang im Bootshaus

Seite 4
Gastkommentar: Friedrich Engels, Wuppertal und das Festjahr 2020

Seite 4
Rechtsextreme Straftaten in Wuppertal weiter gestiegen

Seite 5
Gute Betreuung bei Geburten



GASTKOMMENTAR: NEUES AUS DEM LANDTAG NRW

■ VON MONIKA DÜKER, GRÜNE FRAKTIONS-VORSITZENDE UND BERGISCHE ABGEORDNETE

**Ein Jahr Schwarz-Gelb in NRW:
Wenig Zukunft – viel Retro**

Rund ein Jahr nach der Landtagswahl haben wir GRÜNEN uns in unsere neue Rolle als kritische, aber auch konstruktive Oppositionsfraktion eingefunden. Angesichts der rückwärts-gewandten Politik von CDU und FDP, die sich besonders in der Umwelt- und Energiepolitik abzeichnet, hatten wir bereits alle Hände voll zu tun.

Die Regierung bekennt sich zur Braunkohle und bremst die Windkraft aus. Sie betreibt einseitigen Lobbyismus für die Autoindustrie und agiert konzeptlos bei der Mobilitätswende. Ihre Flächenpolitik geht zu Lasten der Umwelt und sie zeigt wenig Interesse für eine

nachhaltige Landwirtschaft. Stattdessen gibt es jetzt ein NRW-Heimatministerium mit einer Ministerin, die selbst nicht so genau weiß, was das soll. Der Abbau von Sozial- und Umweltstandards bei öffentlichen Aufträgen und die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten an Sonntagen nennt die Regierung großspurig und zynisch „Entfesselung“. Bei seiner Personalpolitik liegt Ministerpräsidentin Laschet regelmäßig daneben: Umweltministerin Schulze Föcking steht wegen skandalöser Tierhaltung im familieneigenen Betrieb weiter unter Beobachtung. Justizministerin Biesenbach gab seine Tätigkeit als Kreistagsfraktionschefin nur widerwillig auf Druck der Ministerinnenehrenkommission auf. Ministerin Holthoff-Pförtner, Mitinhaberin



Foto: privat

der Funke Mediengruppe, musste seine Zuständigkeit für Medien nach nur zwei Monaten im Amt und großem öffentlichen Druck abgeben.

Friedrich Merz wurde Brexit-Beauftragter, obwohl durch seine zahlreichen Posten, vor allem als Aufsichtsratschefin einer Vermögensverwalterin, Interessenskollisionen offensichtlich sind.

GRÜNER Fokus auf Umwelt und Gerechtigkeit

Ein erster Sturm der Entrüstung brach los, als die Regierung das Sozialticket abschaffen wollte. Nur durch massiven öffentlichen Druck konnten wir das Sozialticket erhalten. Proteste brauchte es auch, damit die Regierung wenigstens einen Teilbetrag aus

der Integrationspauschale des Bundes an die Kommunen weiterleitet. Massive Kürzungen bei der Flüchtlingsberatung konnten wir aus der Opposition heraus verhindern und alle Stellen retten, deren Streichung angekündigt war.

Teil unserer Arbeit ist auch die inhaltliche Neuaufstellung, etwa in der Schulpolitik, wo die Rückkehr zu G9 ansteht und viele Fragen zur Finanzierung und Umsetzung noch nicht beantwortet sind. Auch bei der Inneren Sicherheit stehen wir vor großen Herausforderungen. Denn Schwarz-Gelb setzt auf den Abbau einer bürgerinnenrechtsorientierten Sicherheitspolitik, gepaart mit polternder Symbolpolitik.

MEHR VERKEHRSSICHERHEIT FÜR KINDER

■ IM TEST: DER 3-D-ZEBRASTREIFEN



Foto: ©Anne-Marie Kuhn

Keine verkehrsgerechten Kinder, sondern kindergerechter Verkehr! So lautete 1997 die Prämisse der Prüfkriterien für eine Kinderfreundlichkeitsprüfung für die Verkehrsplanung für und mit Kindern in Wuppertal. Wie aber sieht die Realität nach 21 Jahren aus?

Um auf aktuelle Missstände der Verkehrssicherheit für Schulkinder in der Kyffhäuserstraße aufmerksam zu machen, muss man in unserer Stadt spektakuläre Aktionen starten. So unterstützten GRÜNE Bezirksvertreterinnen die Installation eines „3-D-Zebrastrreifens“ auf dem Schul-

hof der Ganztagsgrundschule am Nützenberg. Dieser 3-D-Zebrastrreifen wurde von der Künstlerin Frederike Wouters so gemalt, dass er quasi schwebt. Durch die 3-D-Technik mit ausgeklügelten Schrägen und Schatten wirkt der Zebrastrreifen wie ein in der Luft hängender Balken – ein Effekt, der allerdings nur auf einer Seite der Straße erzielt wird. Der Übergang soll die Aufmerksamkeit der Autofahrerinnen für Fußgängerinnen erhöhen und könnte dazu führen, dass Autofahrerinnen ihre Geschwindigkeit reduzieren. Das wäre nicht nur in der Kyffhäuserstraße eine wirkungsvolle Idee,

um das Risiko für Schulkinder und Fußgängerinnen zu minimieren. Gerade in Stoßzeiten morgens und mittags queren hier 250 Schulkinder mehrmals die Kyffhäuserstraße, um zur Mittags- oder Ganztagsbetreuung des Vereins baff e.V. oder in eine Schul-AG zu gehen.

Die Verkehrssicherheit für Kinder hat bei den aktuellen Planungen von Tagesstätten und Ganztagsbetreuungen für Kinder keine Priorität. Die Stadtverwaltung hat die Federführung des Arbeitskreises Verkehrssicherheit für Kinder vor Jahren eingestellt. Warum? Müssen erst Kinder vor Schulen und Kindertagesstätten verunglücken, damit ein Umdenken stattfindet?

3-D-Zebrastrreifen gibt es schon in Indien, Island und in Österreich. Leider war die Große Kooperation nicht bereit, in Wuppertal auch nur zu prüfen, ob ein 3-D-Zebrastrreifen bei uns angebracht werden kann und unter welchen Bedingungen dies sinnvoll wäre. In unserer Stadt gibt es häufig Unfälle, denen Fußgängerinnen zum Opfer fallen, gerade Kinder sind überdurchschnittlich betroffen. Wieder einmal wurde in Wuppertal eine gute Idee gar nicht erst geprüft. Sehr bedauerlich!

FERTIGSTELLUNG DES DÖPPERSBERGS

■ FORTSCHRITTE IM SCHNECKENTEMPO

Es könnte eigentlich schnell weitergehen am Döppersberg. Die B7 ist fertig, der Neubau für Primark auch. Nur in der Praxis geht alles fürchterlich langsam.

Nach Ostern ist der Zugang zum Schwebebahnstation noch nicht von der Baustelle am östlichen Eingang befreit. Der Weg an der Wupper vom Islandufer bis zum östlichen Ende des KÖBO-Hauses ist nicht freigegeben. Und die Baustelle Südstraße (unter der Brücke) zieht sich elend lange hin. Jetzt stellte die Stadtverwaltung in Aussicht, dass sie im Juni fertig werden soll. Von der Baustelle in der Schloßbleiche reden wir besser nicht.

Das wird länger dauern. Die Pendlerinnen warten auf die Bäckerei Büsch,

die eigentlich jetzt in der Mall neben dem Weg zu den Gleisen aufmachen sollte. Das Unternehmen Vergangenheit (nannte sich mal Unternehmen Zukunft – Deutsche Bahn) scheint jegliches Interesse an der Mall und dem historischen Bahnhofsgelände verloren zu haben.

Die Freitreppe von der unteren Ebene zum Portal der ehemaligen Bahndirektion ist eigentlich fertig, aber noch nicht freigegeben. Auf der oberen Ebene stehen schon Bäume, die normalen Bahnhofsbesucherinnen sehen sie nur nicht. Der Busbahnhof soll im Herbst eröffnet werden. Dezember ist auch noch Herbst ...

Und was macht das Radhaus am Döppersberg? In der Ratssitzung am 12. März wurde der Durchführungs-

schluss auf Wunsch der CDU verhandelt. Einige CDU-Funktionärinnen bemäkelten die Kosten von 900.000 Euro, die übrigens aus der Stellplatzrücklage bezahlt werden. Ja, wollt ihr denn eine Wellblechhütte am Hauptbahnhof von Deutschlands siebentgrößter Stadt? In der Döppersberg-Kommission am 17. April wurde das Radhaus beschlossen. Etwas mehr Hoffnung gibt es für den Wupperpark, dessen Oberfläche (der Bunker gehört den Riedel-Geschwistern) jetzt in einem Wettbewerb zwischen fünf Architekturbüros neu gestaltet wird. Am 4. Mai wird das Preisgericht aus Fachleuten, Verwaltung und Rat die Siegerin küren.

Wir werden Sie in der nächsten Ausgabe unserer Zeitung informieren.

KAMPAGNE STADTRADELN

■ WUPPERTAL NIMMT ERSTMALS TEIL

Das Rad ist angekommen – auch im Alltag. Während in den letzten Jahren die GRÜNEN Anträge zur Teilnahme an der Kampagne „Stadtradeln“ immer wieder von der GroKo abgelehnt wurden, beschloss der Rat dieses Jahr den GRÜNEN Antrag und deshalb beteiligt sich Wuppertal zum ersten Mal.

Stadtradeln ist eine Initiative des bundesweiten Netzwerks Klimabündnis mit dem Ziel, den Alltagsradverkehr in Deutschland zu stärken. Stadtradeln findet jährlich vom 1. Mai bis 30. September an 21 aufeinander folgenden Tagen statt. Wann es losgeht, bestimmt jede Stadt selbst. Der Wettbewerb findet übrigens schon zum elften Mal statt und 2017 beteiligten sich über 600 Kommunen aus ganz Deutschland. 222.000 Teilnehmerinnen waren im letzten Jahr dabei – mit dem Ziel, möglichst häufig auf das Fahrrad zu steigen. Es geht los

in Teams, zum Beispiel tun sich Kolleginnen am Arbeitsplatz oder Vereinsmitglieder zusammen und treten gemeinsam in die Pedale.

Den Radverkehr für sich zu entdecken braucht in Wuppertal vielleicht eine kurze Eingewöhnungszeit, aber dann wird es rasch zur Normalität. Stabile Fahrradtaschen sind sinnvoll für den größeren Einkauf und ein angemessener Luftdruck in den Reifen erleichtert die Fahrt. Die Teams eignen sich natürlich besonders dazu, eher erfahrene Radfahrerinnen zusammen mit Neulingen antreten zu lassen. In Wuppertal unterscheiden sich oftmals die schlaun und schnellen Wege für Rad und Auto, und dabei sind die Radfahrerinnen oft viel flotter als erwartet am Ziel.

**Wir freuen uns auf rege Teilnahme!
Die Gewinnerin steht bereits fest:
unser Klima!**



GRÜNER
ANTRAG



GRÜNER FRÜHLINGSEMPFANG IM BOOTSHAUS



Foto v.l.n.r.: Bürgermeisterin Bettina Brücher, Gastrednerin Arndt Klocke und Fraktionsvorsitzende Marc Schulz



Ausgezeichnet mit der Goldenen Sonnenblume: WoW (Women of Wuppertal)

Senkung der Stickoxide und Verantwortung der Autoindustrie im Fokus

Am 3. März fand der diesjährige Frühlingsempfang der GRÜNEN Fraktion im Barmer Bootshaus statt. Wegen der Grippewelle musste unsere Fraktionsvorsitzende Anja Liebert leider das

Bett hüten. Marc Schulz als zweite Fraktionsvorsitzende hat ihren Redepart mit übernommen und eine leidenschaftliche Rede für eine dringend notwendige Verkehrswende gehalten. Die Automobilindustrie muss endlich die Verantwortung für den Dieselskandal übernehmen und die Motoren auf

eigene Kosten nachrüsten, um Fahrverbote zu vermeiden. Auch Wuppertal muss ihren Teil beitragen. GRÜNE Vorschläge gibt es dafür, neben dem Ausbau von Radwegen z.B. eine klimafreundliche Abwrackprämie für Dieselpkw mit der Kategorie 5 und schlechter. Der Umstieg auf öffentliche Verkehrs-

mittel soll mit einem kostenlosen ÖPNV-Ticket für ein Jahr belohnt werden. Dem konnte Gastrednerin Arndt Klocke, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN Landtagsfraktion NRW in einer Doppelspitze mit Monika Düker, nur zustimmen. Weitere Themen waren die Kritik an der behäbigen GroKo

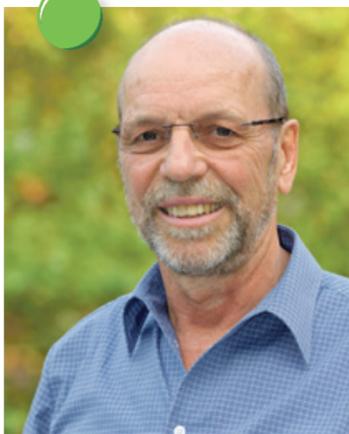
im Bund und in Wuppertal, die Forderung nach einer Stadtentwicklung ohne Flächenfraß, städtische Spielflächen, die hohe Verschuldung und die wachsende Zahl vor allem armer Kinder in Wuppertal und das gemeinsame Engagement aller Demokratinnen gegen Rechtsextremistinnen und Rechtspopulistinnen wie die AfD. Musikalisch begleitet wurde der Empfang von Saralynn aus Ghana, die bereits mit neun Jahren ihr erstes Lied schrieb, mit ihren nun zehn Jahren wie eine erfahrene Sängerin die Bühne füllte und mit ihren sehnsuchtsvollen Texten unsere Herzen berührte. Begleitet wurde sie von Kalle Waldinger, der Initiatorin und langjähriger Macherin des Rockprojektes, an der Gitarre. Ein weiteres musikalisches Highlight war der Auftritt zweier Mitglieder von WoW, dem Chor Women of Wuppertal. Der Chor entstand dank Barbara Steins aus dem Qualifizierungsprojekt „Perspektiven für Mütter mit Migrationshintergrund“ von alpha (finanziert über das Jobcenter) und ist ein hervorragendes Beispiel für gelingende Integration. Jedes Jahr lobt die GRÜNE Fraktion mit der Goldenen Sonnenblume einen Preis für Nachhaltigkeit aus. Weil der Chor der Frauen uns sehr überzeugte, überreichte Bürgermeisterin Bettina Brücher den Preis dieses Jahr an die Women of Wuppertal.

DIE BV VOHWINKEL STELLT SICH VOR



Was ist eigentlich eine Bezirksvertretung?

„Wir machen uns die Entscheidung nicht leicht“ titelte die WZ am 2. November 2009 – damit waren die GRÜNEN gemeint. Nach den Kommunalwahlen hatte die CDU die meisten Stimmen in Vohwinkel erhalten, doch auch die SPD beanspruchte das Amt der Ersten Bezirksbürgermeisterin. Die Bezirksvertretung wählt aus ihren Reihen eine Bezirksbürgermeisterin. Ja, und diese Bezirksbürgermeisterin Heiner Fragemann wurde mit den Stimmen der GRÜNEN gewählt, nachdem eine



gemeinsame politische Schnittmenge gefunden und ausgearbeitet worden war. In der BV Vohwinkel sind Mitglieder der SPD, CDU, GRÜNE, FDP, der Linken und eine Vertreterin der WfW sowie ein fraktionsloses Mitglied vertreten. Mehrheiten müssen jeweils neu gesucht werden, das macht die Arbeit zwar anstrengend, aber auch sehr interessant.

Es geht um die Belange des Stadtbezirks

Die Bezirksvertretung ist für alle Belange ihres Stadtbezirks zuständig.

Oftmals werden auf Anregungen von Bürgerinnen Anträge wie die Umbenennung der Lettow-Vorbeck-Straße in Edith-Stein-Straße eingebracht und in der Bezirksvertretung beschlossen. Das Engagement von Bürgerinnen lohnt sich in unserer BV also auf jeden Fall. Es gibt auch Projekte wie den „Burgholzexpress“, der von allen Parteien eine breite Zustimmung erfuhr, aber an den WSW scheiterte, die das Projekt für zu teuer halten.

Geschlossenheit haben wir gezeigt, als es um die Hetze von Rechtsextremen gegenüber den in Vohwinkel einquartierten Flüchtlingen ging. Eine solidarische Aktion, bei der die demokratischen Parteien durch eine Demonstration in der Edith-Stein-Straße für ihren Stadtteil warben. Oftmals können Entscheidungen aber nur noch abgenickt werden und eine wirkliche Gestaltungsmöglichkeit ist ausgeschlossen, z.B., wenn aus Haushaltsgründen durch die zentrale Stadtverwaltung Quartiereinrichtungen verlagert, Personal reduziert oder Gebäude aus Unterhaltungsgründen geschlossen werden, wie dies vermehrt im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit passiert ist. Das Fambiente hingegen, eine soziale Einrichtung, die die kirchliche Trägerin schließen wollte, konnte durch Verhandlungen in außerordentlichen Sitzungen der BV und durch die Eröffnung weiterer Finanzierungsquellen erhalten werden. Viel Grün erfährt das Quartier Vohwinkel im Bereich Fahrradmobilität. Unzählige Anträge bezüglich zusätzlicher Markierungen auf den Straßen, Änderungen von Einbahnstraßenregelungen oder auch Fahrradabstellmöglichkeiten haben den Stadtteil verändert. Wir hören Ihnen gerne zu! Wir laden Sie ein, zu uns zu kommen und uns bei unserer Stadtteilgruppe zu unterstützen. Sie möchten etwas verändern? Jeden Montag vor einer BV-Sitzung treffen wir uns im Bürgerinnenbahnhof Vohwinkel um 18:30 Uhr.

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

■ VIEL ERREICHT – NOCH VIEL ZU TUN



Foto: privat

Der Internationale Frauentag war dieses Jahr in Deutschland ein besonderes Ereignis. Das Frauenwahlrecht, das für uns heute so selbstverständlich ist, trat nämlich vor 100 Jahren, also erst 1918, in Kraft. Es musste gegen viele absurde Vorurteile durchgesetzt werden und ist eine große Errungenschaft der Frauenpolitik.

Demokratie braucht auch Frauenstimmen. Die Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl lag für beide Geschlechter zwar bei ca. 76%. Ein Blick in unseren Bundestag zeigt aber: Wir haben noch viel zu tun. In der jetzigen Wahlperiode sind weibliche Abgeordnete nur mit lediglich 30,9% vertreten. Der Frauenanteil ist gegenüber dem letzten Bundestag gesunken (2013 lag er bei 36,5%), das liegt vor allem an dem unentschuldbaren Frauenanteil in der CDU, FDP und AfD. Auch im Wuppertaler Rathaus sind unter den Stadtverordneten nur 34,8% Frauen. Ungefähr gleichauf liegt der Anteil der Frauen in Führungspositionen der städtischen Verwaltung, obwohl Frauen unter den Beschäf-

tigten sogar in der Überzahl (58%) sind. Das Frauenwahlrecht gibt es seit 100 Jahren, aber auch heute müssen wir uns für eine echte Gleichberechtigung von Frauen Tag für Tag einsetzen. Wir GRÜNEN wollen die Hälfte der Macht für Frauen, in der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft. Wir treten ein für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und fordern die paritätische Beteiligung in politischen Gremien. Wir GRÜNEN kämpfen für die sexuelle Selbstbestimmung und die Abschaffung des Paragraphen 219a StGB, für eine gewaltfreie Gesellschaft und gegen Sexismus im Alltag. Im Protest gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, dass Frauen als Kunden mitgemeint sind, haben wir diese Ausgabe unserer Zeitung rein weiblich formuliert. Deshalb haben wir unsere Aktion am diesjährigen Internationalen Frauentag unter dem Motto „Viel erreicht – noch viel zu tun“ veranstaltet. Am 8. März 2018 verteilten wir zur Freude vieler Frauen in der Elberfelder Innenstadt Plätzchen, gebacken in Form des Frauenzeichens.



Fahrrad selber kaufen
ABO
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig per E-Mail erhalten möchten, bitte eine Mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.



NATURERFAHRUNGSRÄUME –

■ EIN ANDERES WORT FÜR WENIGER SPIELPLÄTZE?

Wir schreiben das Jahr 2013. Die Spielflächenbedarfsplanung ist in allen Bezirksvertretungen beraten worden und wird letztlich im Rat der Stadt – u. a. gegen die Stimmen der GRÜNEN Ratsfraktion – beschlossen. Inhalt des Planes ist z. B., dass 42 Spielplätze mit insgesamt 75.286 qm Spielfläche in sogenannte Naturerfahrungsräume (NER) umgewandelt werden. Laut Auskunft der Verwaltung im Jahr 2013 sind Naturerfahrungsräume „Grünflächen, auf denen sich in erster Linie Heranwachsende, aber auch Erwachsene aufhalten und eigenständig Natur erleben können. Kinder können Naturerfahrungsräume selbstständig aufsuchen und haben hier Vorrang.“ Spielgeräte werden allerdings nicht mehr ersetzt, denn sie sind auf diesen Flächen explizit nicht vorgesehen. Die GRÜNEN haben sich in den letzten Wochen diese Naturerfahrungsräume vor Ort angeschaut. Leider sind sie oftmals in einem Zustand, der Kinder keinesfalls zum Spielen einlädt. In mehreren Fällen sind sie auch gar

nicht mehr als Fläche für Kinder und Jugendliche zu erkennen, in der Praxis werden sie eher als Hundeauslauffläche dienen. Eine aktuelle Anfrage der GRÜNEN Ratsfraktion ergab zudem, dass auch fünf Jahre nach Schaffung der Naturerfahrungsräume seitens der Verwaltung keine Notwendigkeit für ein pädagogisches Konzept zur Nutzung dieser Spielflächen gesehen wird. Wir freuen uns, dass Wuppertal – entgegen dem lange Zeit beschworenen Trend – seit geraumer Zeit wieder an Menschen wächst. Dies führt ja auch zu wachsender Bautätigkeit bei Grundschulen und Kitas. Als GRÜNE Ratsfraktion vergessen wir aber auch nicht, dass mehr Kinder und Jugendliche auch einen frei zugänglichen und ohne Kosten erreichbaren öffentlichen Raum brauchen und Anspruch auf diesen haben. Daher muss in den Bereich öffentliche Spielflächen dringend mehr investiert werden, sowohl in die Pflege und den Unterhalt als auch in die Neuanlage und in den Ersatz von Spielgeräten.

RECHTSEXTREME STRAFTATEN IN WUPPERTAL

■ WEITER GESTIEGEN – IM GEGENSATZ DAZU SINKEN LANDESWEIT DIE ZAHLEN



Die Zahl der politisch rechts motivierten Straftaten ist in NRW von 4.700 im Jahr 2016 auf 3.764 im Jahr 2017 gesunken und befindet sich damit immer noch deutlich über dem Niveau von 2014 mit 3.286 Straftaten. Das zeigen aktuelle Statistiken, die das NRW-Innenministerium auf Anfrage der GRÜNEN Landtagsfraktion veröffentlicht hat.

Ende 2014 begann mit dem Aufkommen der Pegida-Demonstrationen und der beginnenden Radikalisierung der AfD der massive und sprunghafte Anstieg rechtsextremer Gewalttaten. In Wuppertal stieg die Zahl rechtsextremer Straftaten von 90 im Jahr 2014 auf 276 im Jahr 2015 sehr stark an. Alarmierend ist, dass im Gegensatz zur landesweiten Entwicklung die Anzahl

politisch rechts motivierter Straftaten in Wuppertal von 168 in 2016 auf 188 in 2017 nochmals gestiegen ist. Das muss für uns weiterer Ansporn sein, uns aktiv gegen Rechtsextremismus und Rassismus vor Ort zu engagieren. Angriffe auf Demokratie und Menschenrechte sowie Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie und Diskriminierung sind eine dauerhafte Herausforderung für die gesamte Gesellschaft.

Wir sehen die Landesregierung in der Pflicht, die Kommunen dabei zu unterstützen. Deshalb fordern wir sie auf, die Förderung der kommunalen Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Programm NRWtoffen auch über das Jahr 2018 hinaus weiter zu fördern.

In Wuppertal wird ein solches Projekt, das gute und wichtige Arbeit vor Ort leistet, vom Land gefördert. Wir fordern von der schwarz-gelben Landesregierung, dass es dauerhaft fortgesetzt werden kann.

KOMMT DIE FAHRRADTRASSE

■ VOM MIRKER BAHNHOF ZUM NEUMARKT?

Der Abwasserkanal in der Neuen Friedrichstraße und im Bereich der Diakoniekirche muss erneuert werden. Eine gute Gelegenheit, die Straße so auszubauen, dass sie von Fußgängerinnen und Radfahrerinnen besser genutzt werden kann. Die Bezirksvertretung Elberfeld hat am 31. Januar 2018 beschlossen, dass „die Verwaltung kurzfristig eine Planung zumindest für die Neue Friedrichstraße im Bereich zwischen Diakoniekirche und Bahnhof Mirke vorzulegen hat, welche die Nutzungsmöglichkeit auch für Radfahrende und Fußgängerinnen verbessert.“ Inzwischen haben Studentinnen der Bergischen Universität Pläne für

eine Fahrradstraße erarbeitet. Für den Bereich zwischen Karlsplatz und Kirche schlagen die Studierenden vor, das Parken zu unterbinden, um die erforderlichen Fahrbahnbreiten für den Fahrradverkehr in beide Richtungen und den Kfz-Verkehr der Anliegerinnen zu ermöglichen. Aufgrund der geringen Fahrbahnbreite der Neuen Friedrichstraße muss auch im Bereich der Kirche bis zur Wiesenstraße auf Parkplätze verzichtet werden. Für die wegfallenden Parkplätze müssen alternative Parkangebote geschaffen werden. Die Bürgerinnenbeteiligung für die Kanalbaumaßnahme soll im Frühsommer erfolgen.

SMARTPHONE: EINMAL AUFLADEN, BITTE!

■ HANDY-LADESTATIONEN IN WUPPERTAL INSTALLIEREN

In Düsseldorf waren es FDP, SPD und GRÜNE, in Wuppertal war es die CDU. In ganz Deutschland beantragen Parteien Handy-Ladestationen an Haltestellen. Eine gute Sache! Die Energieversorgung läuft dabei über das bereits vorhandene Stromnetz der Anzeigetafeln oder über Solarmodule auf dem Dach der Haltestellen. Weltweit gibt es schon Beispiele, wie Boston, London, Prag und Essen. Sinnvoll wäre es, in den neuen Bussen (und Schwebbahnen) Handy-Ladestationen einzubauen. Im Fahrzeug verweilen die Fahrgäste schließlich länger als an der Haltestelle. Mit dem WLAN-Angebot würde dies durchaus Sinn ergeben.



GASTKOMMENTAR: FRIEDRICH ENGELS, WUPPERTAL UND DAS FESTJAHR 2020

■ VON RAINER LUCAS, KURATOR DER STADT WUPPERTAL

Viele Städte haben berühmte Persönlichkeiten, und die runden Geburtstage dieser historischen Figuren bieten einen schönen Anlass, Feste zu feiern, Tagungen zu veranstalten und einen kulturellen Rahmen zu schaffen, der auch für Besucherinnen und Besucher der jeweiligen Stadt attraktiv ist.

Insofern ist es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass der Rat der Stadt Wuppertal Ende letzten Jahres beschlossen hat, den 200. Geburtstag von Friedrich Engels in vielfältiger Weise im Jahr 2020 zu begehen. Denn Friedrich Engels ist weltweit der berühmteste Wuppertaler – und das nicht nur in der VR China und der Sozialistischen Republik Vietnam. Der Startschuss für die Vorbereitungen Anfang Februar in der Remise des Historischen Zentrums war vielversprechend: Mehr als 150 Personen füllten den Raum und konnten selbst erste Ideen für die Gestaltung des Engelsjahrs einbringen. Das Spektrum dieser Vorschläge reichte von der sozialen Frage bis hin zu bereits sehr konkreten



Gestaltungsvorschlägen für ein Stadtfest, Kulturveranstaltungen und diverse Schulprojekte. Kritisch hinterfragt wurde aber auch noch einmal die grundsätzliche Zielsetzung des Engelsjahrs, daher möchte ich an dieser Stelle die Grundausrichtung der Programmentwicklung, wie sie die beiden Kuratoren verfolgen, noch einmal darlegen.

1. Mit der Veranstaltung „Engels2020“

besteht für die Stadt Wuppertal die einmalige Gelegenheit, sich als weltoffene, moderne und dynamische Stadt zu präsentieren, die sich ihrer frühindustriellen Wurzeln bewusst ist und dieses kulturelle Erbe pflegt. Auch wenn im Zweiten Weltkrieg viele Gebäude und Stadtviertel zerstört wurden, so lassen sich heute immer noch an einzelnen Objekten Glanz und Elend dieser Zeit erahnen.

2. Friedrich Engels ist als Sohn eines Textilfabrikanten in Barmen aufgewachsen, in der Unterbarmer Hauptkirche konfirmiert worden und in Elberfeld zur Schule gegangen. Bereits als Jugendlicher war er ein wacher Geist und hat mit seinen Briefen aus dem Wupperthale das soziale Elend angeprangert. Die Verhältnisse in Wuppertal waren ein wesentlicher Impuls für seinen späteren Werdegang als Gesellschaftskritiker und politischer Aktivist. Dass er dann nach 1847 nur noch zu privaten Terminen in Barmen auftauchte, liegt auch an der Verfolgung durch die preußische Justiz. Er wurde zeitweise sogar per Haftbefehl gesucht.

3. Die enge Verbindung der Wuppertaler Industriegeschichte mit der Person Friedrich Engels bietet für das Festjahr 2020 ein großes Inszenierungspotenzial, das weit über das Gebäudeensemble des Historischen Zentrums hinausgeht, wie beispielsweise der Concordia-Saal in Barmen, das Genossenschaftsgebäude in der Münzstraße, die Unterbarmer Kir-

che, der Unterbarmer Friedhof mit den Gräbern der Engels-Familie und vieles mehr. Unser Plan ist daher, alle diese Punkte in einem Engels-Pfad zu bündeln und den Gästen gezielte Hinweise zu geben, wie sie diese erreichen können.

4. Aber es geht nicht nur um einen historischen Zugang. Das Werk von Friedrich Engels bietet vielfältige Möglichkeiten, aktuelle Entwicklungen aufzugreifen und kritisch zu reflektieren. Hierzu gehören sicherlich die soziale Frage und die Zukunft der Arbeit, die Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie, aber auch eine kritische Auseinandersetzung mit Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Der Prozess der Ideenfindung für ein Programm ist noch nicht abgeschlossen. Wir möchten Sie daher einladen, sich aktiv an der Programmentwicklung zu beteiligen.

Informationen zu den Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie auf der Homepage. www.engels2020.de

PARTNERINNENSTADT ST. ETIENNE ZU GAST

ANZEIGE
■ KREISVORSTAND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WUPPERTAL

St. Etienne in Frankreich gehörte zu Wuppertals Partnerinnenstädten der ersten Stunde. Im politischen Rahmen waren die Kontakte bisher überschaubar. Der GRÜNE Kreisverband hatte die Initiative eines Mitglieds der GRÜNEN (EELV) von St. Etienne, Roland Comté, aufgegriffen und vier GRÜNE aus St. Etienne in das Tal der Wupper eingeladen.

Axel Frevert, Wuppertaler Vorstandsmitglied, hatte sich begeistert in die Organisation gestürzt, damit es ein touristisches, aber auch politisch spannendes Wochenende wird. Es war uns wichtig, die französischen Freundinnen mit den Initiativen im Tal bekannt zu machen – vor allem mit dem Grünen Weg mit unserer Bürgermeisterin Bettina Brücher, der Wupperbewegung, der IG Fahrradstadt, Utopiastadt und dem Partnerinnenschaftsverein St. Étienne. Die offiziellen Anlaufstellen im Landtag mit der engagierten Landtagsabgeordneten Oliver Keymis, im Rathaus mit der GRÜNEN Rathausfraktion und der Barmer Bezirksbürgermeisterin Hans-Hermann Lücke usw. durften nicht fehlen.

Höhepunkt war eine gut besuchte Veranstaltung zum Thema „Wohin mit Europa“, die in der borse am 23. Februar stattfand. Die Moderation übernahm unsere Kreisvorsitzende Claudia Schmidt. Nicolas Patureau, der GRÜNE Kreisvorsitzende von St. Etienne, berichtete eindringlich von der Entwicklung des Front National in Frankreich, Terry Reintke, GRÜNE



Foto privat: v.l.n.r. Roland Comté, Cécile Siegwart, Jérôme Basset, Nicolas Patureau

Europaabgeordnete in Brüssel, schlug den Bogen zu der großen Europapolitik und Oliver Keymis brachte die Auseinandersetzungen nach NRW zurück. Da alle Besucherinnen bei GRÜNEN Mitgliedern untergebracht waren, gingen die Gespräche auch in den Abendstunden weiter.

Am Samstag radelten Deutsche und Französinen bei frostigen Temperaturen, aber strahlendem Sonnenschein über die Nordbahntrasse und besuchten die Projekte des Wichernhauses und der Utopiastadt. Zum Ausklang der Reise vor Abfahrt in das 850 km entfernte St. Etienne besuchten wir den Skulpturenpark und waren uns einig, dass wir viel von Wuppertal gezeigt und selbst viel über unsere Stadt erfahren haben. Am 20. April erfolgte der Gegenbesuch. Bei einem gemeinsamen Europaworkshop von der EELV (GRÜNE in Frankreich:

Europe Écologie Les verts) am Samstag, dem 21. April, berichteten die Wuppertalerinnen Guido Mengelberg und Axel Frevert über die Flüchtlingssituation – das Wuppertaler Modell – bei uns und Cécile Siegwart beleuchtete mit Claudia Schmidt die Situation der Kleinkinderbetreuung, Kindergärten und Schulen in Frankreich und Deutschland. Natürlich ist die Sprache immer wieder ein Hemmschuh. Aber mit etwas Englisch, Französisch und umgekehrt etwas Deutsch haben wir mit Erstaunen das große Ausmaß an Gemeinsamkeiten entdeckt. Eine gute Motivation, um 2019 in den Europawahlkampf zu starten. Und – wer weiß – vielleicht stellenweise auch gemeinsam. Die GRÜNEN halten als einzige Partei in ganz Europa die europäische Fahne hoch. Auch das ist uns an diesen zwei Wochenenden hier und in St. Etienne bewusst geworden.

GUTE BETREUUNG BEI GEBURTEN

■ FREIE WAHL DES GEBURTSORTES IN WUPPERTAL SICHERSTELLEN

Im November letzten Jahres wies die Frauenklinik im Helios sechs Schwangere ab, da wegen Krankheit vieler Hebammen die Geburten nicht gewährleistet werden konnten. Das löste zu Recht einen Sturm der Entrüstung aus.

Im Wuppertaler Umland wurden bereits drei Entbindungsstationen aus finanziellen Gründen geschlossen, die

500 bis 800 Geburten pro Jahr betreuen. Angesichts der steigenden Geburtenzahlen ist damit ein strukturelles Problem vorgezeichnet.

Grund genug für die GRÜNEN, im Gleichstellungsausschuss eine Anfrage zu stellen, in der wir Antworten zur Gewährleistung guter Betreuung bei Geburten jetzt und zukünftig erhalten wollten. Unsere Befürchtungen

wurden in der Sitzung des Gleichstellungsausschusses im März bestätigt. Dort wurde erläutert, dass immer mehr Hebammen ihre Tätigkeiten reduzieren und immer weniger Geburtsbegleitung anbieten, sodass die Schwangeren ihre Wahlfreiheit des Geburtsorts (Krankenhaus, Geburtshaus oder zu Hause) nicht mehr in Anspruch nehmen können. Dadurch wird die flächendeckende Versorgung gefährdet. Die Ursachen werden in den immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen für Hebammen gesehen.

Positiv ist immerhin, dass im Bethesda-Krankenhaus und auch in der Frauenklinik im Helios die Kapazitäten aufgestockt werden, zukünftig wird dann hoffentlich keine Frau kurz vor der Geburt mehr an andere Häuser überstellt. Die strukturellen Arbeitsbedingungen können wir auf kommunaler Ebene nicht verändern. Wir GRÜNEN haben vorgeschlagen, Anreize für die in Wuppertal ausgebildeten Hebammen zu bieten, damit sie in unserer Stadt bleiben. Das könnte in Form von Hilfe bei der Wohnungssuche oder einem kostenlosen, befristeten Ticket 2000 passieren. Auch das Geburtshaus, dass zwei bis drei Mal jährlich mehrere Wochen die Auszubildenden unentgeltlich begleitet, sollte eine Gratifikation von z.B. 5.000 Euro jährlich von der Stadt als symbolische Unterstützung erhalten. Die Diskussion wird im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie weiter geführt, dort werden auch unsere Vorschläge erörtert. Wir werden wieder berichten.


GRÜNE ANFRAGE

Foto: Pixabay, anlacreativephotos

SCHULENTWICKLUNG

■ ECKPUNKTE MIT GROSSER MEHRHEIT BESCHLOSSEN

Die Anmeldungen für das Schuljahr 2018/2019 sind gelaufen, und es wird deutlich, dass die Zahlen bei allen Schulformen gestiegen sind – mit Ausnahme der Hauptschulen, diese verzeichnen ein Minus.

Wuppertal ist wieder eine wachsende Stadt!

Bis 2022/2023 werden an den städtischen Grundschulen ca. 1.250 und an den weiterführenden Schulen ca. 2.300 Schülerinnen mehr erwartet. Eine weitere Zuwanderung von Migrantinnen und die Einführung von G9 sind dabei nicht eingerechnet.

Das sind die Zahlen, auf denen die Eckpunkte für die zukünftige Schulentwicklungsplanung basieren. Die Verwaltung hat den Fahrplan vorgelegt, in der Ratssitzung am 7. März wurde mit der Mehrheit von SPD, CDU und GRÜNEN beschlossen. Das ist ein rein quantitatives Konzept, darauf hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bereits hingewiesen. Die Vorlage untersucht zunächst lediglich die Zahlen, die verfügbaren Räumlichkeiten und die bestehenden Schulen und versucht, auf die wachsende Zahl der Schülerinnen eine Antwort zu finden. Die kommunale Schulträgerin ist nur für die äußeren Schulangelegenheiten zuständig, das heißt für die Errichtung und den Unterhalt der Gebäude. Was in den Schulen passiert – die Lehrpläne, Lehrerinnenversorgung, Bildungsziele –, liegt in den Händen der Landesregierung und damit bedauerlicherweise der

FDP-Ministerin. Die Versorgung der zusätzlichen Schülerinnen aller Schulformen in Wuppertal kann nicht ausschließlich in den vorhandenen Schulräumen erfolgen, hier ist weiterer Schulraum zu schaffen. Einige Schulen ziehen in andere Gebäude um, bereits aufgegebene Schulen, wie z.B. jene in der Hufschmiedstraße, werden saniert, renoviert und wieder als Schulen in Betrieb genommen. An vielen Schulen konnten nicht alle Anmeldungen berücksichtigt werden, besonders die sechs Gesamtschulen sind am Limit und mussten 450 Anmeldewünsche ablehnen. Deshalb wird die Verwaltung beauftragt, im Wuppertaler Osten ein Grundstück für den Neubau einer weiteren Schule zu finden. Für uns steht fest, dass diese Schule zwingend eine Gesamtschule sein muss, denn nur so kann der Nachfrage nach dieser Schulform entsprochen werden. In der Vorlage ist dies wohl aus rein politischer Rücksichtnahme nicht konkret enthalten, wird aber darauf hinauslaufen.

Spätestens vor der Sommerpause 2018 wird der Rat der Stadt über den Standort und die Schulform entscheiden.

Die Maßnahmen erfolgen im Zeitraum 2018-2025. Die Bauausgaben für die erforderlichen Maßnahmen betragen in der Zeit von 2018-2023 insgesamt 145 Millionen Euro. Finanziert werden sie aus dem Programm „Gute Schule 2020“, dem Kommunalinvestitionsfördergesetz NRW, der Bildungspauschale und den Mitteln des Gebäudemanagements Wuppertal.

Es gibt viel zu tun – packen wir's an!

JUGENDCAFÉ JIM

■ NEUER STANDORT, NEUES KONZEPT


Vor etwas mehr als drei Jahren hatte sich der damalige Wuppertaler Jugendrat ein vielversprechendes Projekt vorgenommen: In der Barmer Innenstadt sollte ein Café für Jugendliche entstehen.

Dort sollten für kleines Geld Getränke und Snacks angeboten werden und die Jugendlichen kostenlos WLAN nutzen können. Aber auch als Anlaufstelle für niedrigschwellige Beratung sollte das Café dienen. Diese Angebote wurden zunächst sehr gut angenommen. Doch ein gutes Jahr nach der Eröffnung zeigten sich erste Probleme. Jugendliche, die vor dem Café rauchten, pöbelten Passantinnen und Geschäftsleute aus der Umgebung an und wurden schließlich sogar handgreiflich. Dabei waren die meisten dieser Jugendlichen eigentlich keine Besucher des JiM. Gespräche mit Ordnungsamt und Polizei brachten nicht den gewünschten Erfolg, sodass das Café im Oktober 2017 für den öffentlichen Betrieb geschlossen wurde. Leider wurde die Politik erst sehr spät über die Probleme informiert! Was

geschieht jetzt? Klar ist, dass ein neuer Standort für das JiM gefunden werden soll. Klar ist aber auch, es muss ein neues Konzept geben. Wie in den Sitzungen des Jugendhilfe-Ausschusses und der BV Barmen deutlich wurde, ist auch der aktuelle Jugendrat weiter an einem Treffpunkt für Jugendliche in Barmen interessiert und bereit, sich einzubringen. Auch die BV Barmen hat sehr deutlich gefordert, in die Neukonzeption mit eingebunden zu werden. Wichtig wäre, am neuen Standort mehr sozialpädagogische Angebote zu machen, um auch die Jugendlichen, die als aggressiv aufgefallen sind, auffangen zu können. Dazu ist natürlich ausreichend Fachpersonal notwendig. Wir als GRÜNE Fraktion haben das Projekt von Anfang an unterstützt und werden in der Sache ebenfalls am Ball bleiben! Und was wird nun aus dem alten Café? Hier soll ein Kinderkultur-Café für jüngere Kinder entstehen – sozusagen als Ableger des Hauses der Jugend. Sicherlich eine gute Idee, es bleibt aber abzuwarten, ob sie an dieser Stelle funktionieren wird.

RATS-CHRONIK MÄRZ 2018

Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages in Wuppertal

Ende Dezember 2017 trat der Glücksspielstaatsvertrag in Kraft. Wir GRÜNEN hatten die Hoffnung, dass mit seiner Umsetzung in Wuppertal die sehr hohe Zahl an Spielhallen gesenkt werden könnte. Das würde einigen Stadtteilen guttun und auch eine Hilfe für die Spielsüchtigen sein. Also stellten wir eine Anfrage zum aktuellen Sachstand. Die Verwaltung antwortete ausführlich unter anderem, dass bislang keine Spielhalle geschlossen wurde und alle Betreiberinnen von Spielhallen, denen keine Erlaubnis erteilt wurde, dagegen Klagen eingereicht haben. Da sich die Gerichtsverfahren über Jahre hinziehen werden, müssen wir uns in Sachen Schließung von Spielhallen gedulden.



Foto: privat

Wirtschaftlichkeitsberechnungen zum Geschäft zwischen ASS und WMG

In Wuppertal wurden über viele Jahre hinweg von der Bochumer Leasing-Gesellschaft ASS Fahrzeuge günstig angemeldet. Dafür sollten diese mit Aufklebern versehen werden, auf denen für Wuppertal geworben wird. Ob dieses Verfahren korrekt war, wird gerade gerichtlich in Bochum geklärt, auch die Wuppertaler Staatsanwaltschaft ermittelt noch. Eine zentrale Frage ist, ob der Stadt dabei Verluste entstanden sind. Das war auch der Punkt einer Anfrage der LINKEN, die in der Sitzung unbeantwortet blieb. Aber in der Rechnung der Stadt war eine wichtige Komponente unberücksichtigt: die Personalkosten.

Neugestaltung des Wupperparks Ost

Die Mehrheit im Rat der Stadt hat sich für den geplanten Neubau des Café Cosa im Wupperpark Ost ausgesprochen. Es dient als Anlaufstelle für Alkohol- und Drogenkonsumierende. Die FDP stellte im Rat den Antrag, einen alternativen Standort zu suchen. Für uns GRÜNE gehört das Café Cosa ins Stadtzentrum, und der geplante Standort „mittendrin“ ist genau richtig. Da

es keine Alternative gibt, lehnten wir mit einer großen Ratsmehrheit den Antrag ab.

Änderung der Elternbeitragsatzung für Kinderbetreuung

Im NRW-Vergleich sind die Kosten für städtische Kinderbetreuung in Wuppertal relativ hoch. Die GRÜNE Fraktion stellte deshalb den Antrag, dass die Verwaltung eine sozialere Satzung für die Erhebung von Elternbeiträgen in Kitas und Tagespflege erarbeiten und zur Entscheidung vorlegen soll. Die Einkommensgrenze, ab der Eltern Beiträge zahlen müssen, soll von 12.500 auf 19.000 Euro angehoben werden. Die Stadtverordneten überwiesen den Antrag zur Vorberatung an den Jugendhilfeausschuss.

Teilnahme an der Kampagne „Stadtradeln“

Wir GRÜNEN freuen uns sehr, dass die Stadtverordneten unseren Antrag auf Teilnahme an der bundesweiten Kampagne „Stadtradeln“ einstimmig beschlossen haben. Die Zeiten ändern sich, denn in den letzten Jahren wurden entsprechende GRÜNE Initiativen

von der GroKo immer abgelehnt. In der Kampagne des Klimabündnisses, in dem Wuppertal seit 1991 Mitglied ist, gibt es einen sportlichen Wettbewerb, welche Stadt und Kommune mit Spaß und Freude die meisten Fahrradkilometer erradelt.

Dieses Jahr können Bürgerinnen und Kommunalpolitikerinnen innerhalb von drei Wochen offiziell für ein fahradaktives Wuppertal in die Pedale treten. Wir freuen uns darauf! Weitere Infos unter: www.stadtradeln.de

Öffentliche Spielflächen in Wuppertal

2013 wurde beschlossen, 42 Spielflächen mit insgesamt 75.286 qm in sogenannte Naturerfahrungsräume (NER) umzuwandeln. Dort sollen Kinder, Jugendliche und Erwachsene eigenständig Natur erleben können. Da seit dem Beschluss viel Zeit vergangen ist, stellte die GRÜNE Fraktion eine umfangreiche Anfrage, wie der aktuelle Entwicklungsstand dieser Naturerfahrungsräume ist. Die Antwort der Verwaltung lag zum Zeitpunkt der Ratssitzung leider noch nicht vor. Wir GRÜNEN haben uns deshalb auf den Weg gemacht und einige der Flächen

aufgesucht – und mussten feststellen, dass sie überwiegend in keinem guten Zustand sind.

Eckpunkte für die Schulentwicklungsplanung

Die Verwaltung legte ein Grobkonzept für die Schulentwicklungsplanung vor, worin die wachsende Zahl an Schülerinnen einbezogen wird und eine weitere sechszügige weiterführende Schule vorgesehen ist, die nach GRÜNER Ansicht nur eine Gesamtschule sein kann, weil hier die allergrößte Nachfrage seitens der Eltern besteht. Wir GRÜNEN stimmten der Vorlage zu, weil sie eine gute Grundlage für die weitere Planung ist. Unter anderem sind der offene Ganztag, der gemeinsame Unterricht und die Seiteneinsteigerinnenklassen zu nennen.

Maßnahmenkatalog zur Luftverbesserung

Die Wuppertaler Luftbelastung ist anhaltend hoch, die Stickstoffdioxidbelastung hat sich laut einer Studie des Umweltbundesamtes für das Jahr 2017 nicht verringert.

Für uns GRÜNE war das wieder ein Anlass, konkrete Maßnahmen zu beantragen, denn die Stadt ist augenscheinlich nicht in der Lage, diese gesundheitsgefährdende Situation zu verbessern. Wir GRÜNEN haben schon diverse Maßnahmen eingefordert, z.B. die Stärkung des ÖPNV und die Unterstützung des Radverkehrs. Wieder einmal war die Ratsmehrheit beratungsresistent und stimmte gegen unseren Antrag.

Wohnbauflächen identifizieren und ausweiten

Die GRÜNEN legen bei dem Thema Wohnbauflächen besonderen Wert darauf, vorrangig Flächen innerhalb des Stadtgebietes zu entwickeln, statt noch mehr Fläche auf der grünen Wiese zu zersiedeln. Die Vorlage der Verwaltung ist dafür schon ein guter Anfang, deshalb stimmten wir

im Rat dafür. Wir halten fest: Auch die Umwandlung von nicht genutzten Gewerbeflächen zu Wohnbauflächen muss vorrangig angegangen werden, zum Beispiel durch die Sanierung alter Fabrikgebäude.

Weihnachtsmärkte

Nun soll die Durchführung der Wuppertaler Weihnachtsmärkte ab 2019 per Auslobung und nicht mehr per europaweiter Ausschreibung erfolgen, so die Vorlage der Verwaltung.

Sie hat bereits 2016 angemahnt, dass die Zeit für die Planung der Weihnachtsmärkte knapp werde. Das bisherige Vorgehen war leicht chaotisch, deshalb ist das Zeitkorsett jetzt natürlich noch viel enger. Da die Entscheidung jedoch getroffen werden muss, haben wir GRÜNEN zugestimmt und hoffen, dass alles reibungslos klappt und die Weihnachtsmärkte stattfinden können.

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie in den Rubriken Aktuelles oder Presse unter www.gruene-wuppertal.de.

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204

Fax: 0202. 59 64 88

E-Mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:

Anja Liebert (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Karin Bohr, Bettina Brücher, Marcel Gabriel-Simon, Klaus Lüdemann, Paul Yves Ramette, Gabriele Mahner, Barbara Naguib, Regina Orth, Ilona Schäfer, Marc Schulz, Frank ter Veld, Yazgü Zeybek

Gastkommentare:

Monika Düker MdL, Fraktionsvorsitzende und bergische Abgeordnete

Rainer Lucas, Kurator der Stadt Wuppertal

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Mathias Kehren

Satz und Gestaltung:

werkmarie, Rudolfstr. 28a,
42285 Wuppertal

Druck:

talevent GmbH, Rudolfstr. 28a,
42285 Wuppertal

Auflage: 30.750

Diese Ausgabe liegt u. a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Simonsstraße 36; AStA, Berg. Universität; Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4; die börse, Wolkenburg 100; Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Peter-Hansen-Platz 1; Fraktionsbüro GRÜNE, Johannes-Rau-Platz 1; Kreisgeschäftsstelle GRÜNES Büro, Friedrich-Ebert-Str. 76; Katzensgold, Untergrünnewalderstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Spunk, Flensburger Straße 38

Die Abgabe ist kostenlos!

HANDLUNGSPROGRAMM BRACHFLÄCHEN

■ NACHHALTIGE POLITIK STATT WEITERER ZERSIEDELUNG



Im vergangenen Jahr wollte die GroKo aus SPD und CDU in der Stadtentwicklung mal vorangehen und forderte die Verwaltung auf, 110 ha zusätzliche Flächen für Wohnungsbau zu suchen. Nun hat Wuppertal 10.000 oder mehr leerstehende Wohnungen. Ist dann eine weitere Ausweisung von Wohnbauflächen gerechtfertigt?

Wir sagen: Nein! Das Handlungsprogramm Gewerbeflächen und das Handlungsprogramm Brachflächen

wurden in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 1. März 2018 vertagt. Wir hatten für diese Sitzung beantragt, die Listen der Brachflächen und Gewerbeflächen in einer Datenbank „Potenzialflächen“ zusammenzufassen.

Für die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Gewerbeflächen und Wohnbauflächen gibt es ein klassisches Beispiel: Lantert 5. Die Flä-

che von insgesamt 2.100 qm liegt direkt an der Nordbahntrasse, etwas westlich der Legobrücke. Bereits 1992 war sie in Listen des damaligen Amtes für Wirtschaftsförderung enthalten. Seit 1992 hat es keine konkreten Pläne für eine Nutzung gegeben. Durch die Nordbahntrasse eignet sich die Fläche jetzt hervorragend für Wohnungsbau mit Zugang zur Trasse. Nach 26 Jahren muss dann auch die hartnäckigste Verfechterin von Gewerbeflächen endlich einsehen, dass hier nie eine gewerbliche Nutzung kommen wird.

Weiterhin wollen wir in die Datenbank Flächen aufnehmen, die neu genutzt werden können, zum Beispiel Flächen, die zwar noch bebaut sind, deren Gebäude jedoch abgängig sind. Ein Beispiel dafür ist die ehemalige Gärtnerei an der Stollenstraße (13.000 qm).

Grundsätzlich sollen alle Flächen ab 500 qm aufgenommen werden. Bisher zieht die Verwaltung eine Grenze bei 2.000 qm. Es gibt im Innenbereich viele kleinere Flächen, die auch bebaut werden könnten. Einige davon werden heute als Parkplatz genutzt. Wir haben beantragt zu prüfen, ob

die Datenbank im Rahmen von Open Data im Internet öffentlich bereitgestellt werden kann. Bereits jetzt werden Flächen in der Datenbank WuNda (Wuppertaler Navigations- und Datenmanagementsystem) gespeichert. Aus unserer Sicht müssen weit mehr Flächen in die Datenbank aufgenommen werden. WuNda ist für die Öffentlichkeit nicht zugänglich.

Die Strategie der GRÜNEN Ratsfraktion ist eine Verdichtung im Innenbereich und eine Vermeidung von weiteren Siedlungen im Außenbereich. Denn die Häuser allein reichen ja nicht. Die Infrastruktur (Straßen, Kanalisation, Buslinien, Kitas, Einkaufsmöglichkeiten) muss neu geschaffen werden. Niemand weiß, wie Siedlungen im Außenbereich in 30 Jahren aussehen werden, wenn die Kinder weg sind und die Alten zurückbleiben. Die Natur ist dort jedenfalls auf immer zerstört.



Foto: privat